

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 90 Mark, unter Kreuzband 90 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Hr. Krieg, Berlin-Neu-Westend
 Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schilderstraße 6
 Druck: Vornwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 69

Inserenspreis ab 1. Oktober:
 Für Geschäftsanzeigen: die sechsgepaßte Nonparellzeile 18 Mark,
 Gratulationen die Zeile 12 Mark, für Todesanzeigen die Zeile 8 Mark.

Zur Beiratswahl!

Die Beiratswahl kann entsprechend dem Verbandstagsbeschluss auch in den Betrieben vorgenommen werden. Im übrigen, auch bezüglich des Wahlaktes selbst, ist streng nach dem Wahlreglement zu verfahren. Die durch die Wahl in Wahllokale entstehenden hohen Kosten bestimmt den Vorstand, die Ortsvereine zu ersuchen, von der Wahl in den Betrieben nach Möglichkeit Gebrauch zu machen. In diesen Fällen sind nach dem Verbandstagsbeschluss die entstehenden geringen Unkosten von den Lokalkassen zu tragen.

Vom letzten Verbandstag wurde ferner angeregt, das Wahlreglement nach der Richtung abzuändern, daß in solchen Wahlkreisen, wo nur je ein Kandidat als ordentliches Mitglied und als Ersatzmann aufgestellt ist, auf eine Wahl überhaupt zu verzichten ist. Wenn unter den Ortsvereinen solcher Wahlkreise, wo nur zwei Kandidaten aufgestellt sind und einer davon als ordentliches Beiratsmitglied, der andere als Ersatzmann bezeichnet wurde, Einverständnis erzielt wird, kann von der Vornahme des Wahlaktes innerhalb solcher Wahlkreise Abstand genommen werden.

Die Wahl findet statt

vom 23. bis 25. September.

Sobald die Wahl am Sonntag, den 24. September, vorgenommen wird, hat der Wahlakt zwischen 10 Uhr vormittags und 6 Uhr abends zu erfolgen. Die ausgefüllten Wahlprotokolle müssen spätestens am 1. Oktober in Händen des Vorstandes sein. Später einlaufende Protokolle können in der Zusammenstellung des Wahlergebnisses nicht mehr berücksichtigt werden. Wahllisten und Stimmzettel bleiben am Ort, sie sind nur auf besonderes Verlangen des Vorstandes einzufenden.

Vom Verbandsvorstand werden den Ortsvereinen diesmal nur Wahllisten und Wahlprotokolle zur Verfügung gestellt, Wahlplakate nicht, diese können sich die Ortsvereine selbst herstellen.

Es wird das von den letzten Wahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress übriggebliebene Material (Wahllisten und Protokolle) verwendet.

Dieses Material geht den Ortsvereinen dieser Tage zu. Falls Ortsvereine dabei übersehen werden oder zu wenig Material zugehen sollte, so ist das fehlende vom Verbandsvorstand noch rechtzeitig abzufordern.

Der Verbandsvorstand.

Das Rezept der Ernährungsminister.

Von der Staatlichen Pressestelle erhalten wir folgenden Bericht:

„Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, die kürzlich unter dem Vorsitz des Reichsministers Fehr in Hamburg tagte, hat sich in eingehenden Verhandlungen mit der gesamten Ernährungslage und den durch das Emporschnellen der Preise geschaffenen schwierigen Verhältnissen befaßt. Insbesondere wurden die Hauptgebiete der Ernährung, namentlich die Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln und Zucker behandelt, desgleichen die Ergänzung der Fleischversorgung durch Geflügelfleisch. Die Auffassung der Teilnehmer an der Konferenz wurde in folgender Entschliebung zusammengefaßt:

Die Lage der Ernährung und die Preisentwicklung für die Nahrungsmittel wird im wesentlichen bestimmt durch die allgemeine Wirtschaftslage und den Stand der Valuta. Da in Deutschland nach dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete noch weniger als früher genügend Nahrungsmittel erzeugt werden können, ist Deutschland auf vielen Gebieten, wie namentlich auf dem Gebiete der Versorgung mit Brotgetreide, Futtermitteln und Fetten im hohem Maße auf Einfuhr angewiesen. Deshalb kann eine wirkliche Besserung hinsichtlich des Standes der Ernährung wie hinsichtlich der Preise bei dem heutigen Stande der Produktion nicht ohne Aenderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Deutschlands eintreten. Voraussetzung hierzu ist in erster Linie Befreiung Deutschlands von dem Druck übermäßiger Bar- und Sachleistungen an die Entente. Diese Tatsachen muß man sich gegenwärtig halten, um zu beurteilen, welche großen Schwierigkeiten zu überwinden sind, um eine Besserung der Ernährung und Preisbildung durch gefühlige Maßnahmen herbeizuführen; ferner muß man sich gegenwärtig halten, daß es der Mitarbeit aller Bevölkerungskreise bedarf, um die zu treffenden Maßnahmen wirkungsvoll zu gestalten.

Liegt hiernach die Möglichkeit zu grundlegenden Aenderungen der Wirtschaftslage nicht in der Hand der mit der Ernährungsfürsorge betrauten Stellen, so ist doch die Ministerkonferenz einmütig der Ueberzeugung, daß alle

Maßnahmen getroffen werden müssen, die auf eine sparsame und zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel im Inlande Einfluß haben können, und daß auch auf eine erträgliche Preisgestaltung durch solche Maßnahmen hingewirkt werden muß. Sie spricht sich daher für ein Verbot der Herstellung von Starkbieren und im übrigen für eine Einschränkung der Bierherstellung aus, um die dadurch freierwerdenden Gerstenmengen der Herstellung von Nahrungsmitteln zuzuführen. Sie hält es weiter für notwendig, daß die Verwendung von Inlandszucker für Liköre, bei der Herstellung von Branntwein und von Schokolade und Süßigkeiten alsbald verboten wird. Sie hält es weiter für notwendig, in dem demnächst beginnenden neuen Zuckerwirtschaftsjahr Maßnahmen dahin zu treffen, daß der inländische Zucker in erster Linie der Bevölkerung zum Mundverbrauch zugeführt wird und daß seine industrielle Verwertung nur insoweit zugelassen wird, als der unmittelbare Bedarf der Bevölkerung gesichert ist.

Hinsichtlich der Kartoffelernte lauten die Berichte aus den verschiedenen Ländern übereinstimmend günstig. Die Konferenz empfiehlt, auf dem bereits beschrittenen Wege des Abschlusses von Lieferungsverträgen fortzuschreiten. Angesichts der gegenwärtigen Lage glaubt sie, daß ein behördliches Eingreifen in die Lieferung und Preisbildung zurzeit nicht erforderlich ist und erwartet, daß sich die Preise in Grenzen halten, die für die Verbraucher erträglich sind.

Auf dem Gebiete der Brotverförmung muß die Umlage in ihrer gesetzlich festgelegten Höhe durchgeführt werden. Die Konferenz verschließt sich dabei nicht der Tatsache, daß bei Festsetzung der Preise für das Umlagegetreide der Entwicklung der Geldentwertung und den jetzigen Produktionskosten Rechnung getragen werden muß. Von den Strafandrohungen muß unabsichtlich Gebrauch gemacht werden gegen die, die andere auffordern, sich der Ablieferung der Umlage zu widersetzen. Die Konferenz verweist auch auf das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide, dessen Durchführung zu überwachen ist. Sie empfiehlt weiter eine Prüfung, ob durch eine allgemeine Heraushebung des Ausmaßes für freies Getreide Erfolge gemacht werden können.

Die Konferenz der Ernährungsminister hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß zur Unterstützung der Sozialrentner und Kleinrentner namhafte Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden sind. Sie hält es aber für notwendig, darüber hinaus helfend einzugreifen. Im Rahmen dieser Maßnahmen wird auch die Ausgestaltung der Kinderleistungen, der öffentlichen Speisungen und die Abgabe von Lebensmitteln an besonders Bedürftige zu ermäßigten Preisen geprüft werden müssen.

Wehr als ein Rezept, wie es die Ärzte zur Beruhigung des Patienten hinterlassen, ist dies Ergebnis der Konferenz wirklich nicht. Um zu solch allgemeinen, noch nicht einmal irgendwie verbindlichen Abmachungen zu kommen, hätte es einer solch umständlichen Beratung kaum bedurft. Erschwert wurde die Verständigung über weitergehende, durchgreifende Maßnahmen, wie wir hören, durch den Widerstand, den die Minister einzelner Länder leisteten, die, wie z. B. Bayern, nichts von einer Einschränkung ihrer Landesrechte durch das Reich wissen wollen. So gereicht dem deutschen Volk auch in seiner Ernährungsnot noch der Krebschaden des Partikularismus zum Nachteil.

Wohnungsbau und Gewerkschaften.

Das Fehlen eines großzügigen amtlichen Programms zur Ueberwindung der immer größer werdenden Wohnungsnot, schreibt A. Ellinger in der *EM*, hat bekanntlich vor mehr als Jahresfrist die deutschen Gewerkschaften veranlaßt, sich selbst um die Lösung der Wohnungsfrage zu bemühen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat damals, zusammen mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge für eine gefühlige Neuregelung des gesamten Wohnungswesens ausarbeiten sollte. Die Kommission hat ihre Arbeit im Sommer vorigen Jahres beendet. Als ihr Ergebnis legten der *ADGB* und der *Alfa* dem Reichstag Richtlinien vor, in denen die Vergesellschaftung des gesamten Mietwohnungswesens gefordert wurde.

Der Grundgedanke, der dem Gesetzesvorschlag der Gewerkschaften zugrunde lag, war der, daß alle Benutzer von Wohnräumen für die Erhaltung und Verwaltung des vorhandenen Miethausbestandes wie auch für den Bau der erforderlichen Neuwohnungen gemeinsam haftbar sein sollten. Den heutigen Hausbesitzern sollte die Sorge um die Verwaltung und Instandhaltung ihrer Häuser von Selbstverwaltungskörpern (Hauschaften, Wohnungsverbänden usw.) abgenommen werden. Das Eigentum an den Häusern sollte gegen eine dem Wert der Häuser in der Vorkriegszeit entsprechende Rente ebenfalls auf die Selbstverwaltungskörper übertragen werden.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages (Unterausschuß) sind die Vorschläge der Gewerkschaften — denen auch die

beiden sozialistischen Fraktionen ihre Zustimmung gaben — in wochenlangen Beratungen unter Mitwirkung von Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände eingehend erörtert worden. Leider wurden sie schließlich von den Vertretern der bürgerlichen Parteien, der Unternehmer und der christlichen Gewerkschaften gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien und der Vertreter der freien Gewerkschaften abgelehnt.

Abgesehen von der grundsätzlichen Neuregelung der Wohnungsfrage hatten die Gewerkschaften auch Vorschläge zu einem verstärkten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 gemacht. In diesen Vorschlägen war die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von 200 000 neuen Wohnungen jährlich vorgesehen. Die Mittel sollten nicht durch Anleihen beschafft werden, um unser Volk nicht noch mehr in Zinsknechtschaft zu stürzen, als es ohnehin schon der Fall ist; sie sollten vielmehr in vollem Umfange aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Als Kapitalquellen wurden unter anderem vorgeschlagen: die Erfassung der Goldwerte, die sich aus dem Abbruch alter Bauwerke, dem nicht staatlichen Holzschlag, der Aufschließung neuer Rohstofffelder für Baustoffe usw. ergeben, ferner die stärkere Besteuerung der großen und der zu wenig ausgenutzten Wohnungen, schließlich aber auch die Erhöhung der Wohnungsabgabe, unter der Voraussetzung, „daß alle Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um denjenigen Betrag erhöht erhalten, der der durchschnittlichen Mietssteigerung der Wohnungen entspricht“. Von den aufkommenden Mitteln sollten mindestens 75 Proz. gemeinschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden zugeführt werden.

Auch um diese Vorschläge hat sich im Unterausschuß ein heftiger Streit entsponnen. Vertreter der Arbeitgeberverbände und Vertreter der bürgerlichen Parteien verlangten eine Wohnungspolitik, die es auch dem Privatkapital ermöglichen, ohne öffentliche Zuschüsse wieder Wohnungen zu bauen. Diese Wünsche lehnten sowohl die Vertreter der Gewerkschaften wie auch die Vertreter der sozialistischen Parteien einmütig ab, da sie in Wahrheit auf die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte, das heißt auf die Aufhebung der Mieterschutzgesetzgebung und den Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hinausliefen. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen darauf hin, daß die Baukosten für Neuwohnungen etwa 15mal so hoch seien wie in der Vorkriegszeit — heute sind sie etwa 25mal so hoch — und daß Privatunternehmer ohne öffentliche Zuschüsse nur bauen könnten, wenn auch die Mieten um das 15fache erhöht würden. Man kam schließlich darin überein, dem Reichstag und der Regierung die Bereitstellung von Zuschüssen für ein Bauprogramm von 200 000 Wohnungen jährlich und die Aufbringung der Mittel nach den Vorschlägen der Gewerkschaften zu empfehlen.

Das Plenum des Wohnungsausschusses und der Reichstag selbst haben den Vorschlägen des Unterausschusses im großen und ganzen zugestimmt, es aber abgelehnt, die Mittel für die Baukostenzuschüsse voll aus der Wohnungswirtschaft zu beschaffen. Man will wieder den Weg der Anleihen beschreiten. Das ist deshalb sehr gefährlich, weil damit die Mieterschaft auf Jahrzehnte hinaus in die Zinsknechtschaft des Finanzkapitals gerät und im Laufe der Jahre das Doppelte dessen zahlen muß, was sie bei der direkten Aufbringung der Mittel für den Wohnungsbau zu zahlen hätte, ohne daß damit auf die Dauer die Mittel für den Wohnungsbau wirklich beschafft werden können.

Der Gesetzesentwurf, den die Reichsregierung soeben zur Finanzierung des Bauprogramms für das Jahr 1922 eingebracht hat, sieht die Erhöhung der Wohnungsabgabe von 10 auf 50 Proz. der Friedensmiete vor. Man erwartet daraus eine Einnahme von 3 Milliarden Mark. Da ein Bauprogramm von jährlich 200 000 Neuwohnungen etwa 30 Milliarden Mark Zuschuß im Jahr erfordert, so werden die aufkommenden Summen im wesentlichen zur Verzinsung und Tilgung der im vorigen Jahre aufgenommenen und in diesem Jahr noch aufzunehmenden Anleihen gebraucht. Sie müssen zu diesem Zweck bis zur Tilgung der Anleiheschuld alljährlich neu erhoben werden. Zur Finanzierung des nächstjährigen Bauprogramms stehen dann wieder keine Mittel zur Verfügung, so daß, wenn weiter gebaut werden soll — und das ist unbedingt notwendig —, die Wohnungsabgabe im nächsten Jahr zur Verzinsung neuer Anleihen erneut um 30 bis 50 Proz., bei der weiteren Entwertung unseres Geldes vielleicht sogar um 100 Proz., erhöht werden muß. Und dieses Spiel wird sich Jahr für Jahr wiederholen, bis die Wohnungsnot überwunden oder ein Ausgleich zwischen Baukosten und Wohnmieten gefunden ist. Aber auch dann ist die deutsche Mieterschaft dem Finanzkapital noch auf Jahrzehnte hinaus zinspflichtig, nämlich bis zu der Zeit, wo die aufgenommenen Anleihen völlig getilgt worden sind. Die sozialistischen Fraktionen des Reichstages sollten deshalb darauf dringen, daß das Reich auf die Anleihewirtschaft im Wohnungsbau verzichtet und für die laufende Deckung der Baukosten entsprechend den Vorschlägen der Gewerkschaften sorgt.

377. Ergänzungentscheidung: Der Schlichtungsausschuß ist nicht in der Lage, die Entschädigungssumme, deren Festsetzung in der eigentlichen Entscheidung unterblieben ist, durch eine nachträgliche Ergänzungentscheidung festzusetzen. (Landgericht Chemnitz 20. September 1921 - Gewerbe- und Kaufmannsgericht 27, 11, S. 247.)

Korrespondenzen.

Jena. Unsere Versammlung vom 2. September nahm mit Erstaunen Kenntnis von den Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen betr. Einschränkung der Biererzeugung und stärkerer Ausmahlung des Brotgetreides. Es wurde mit Recht gefragt, welche Erfolge sich denn die Theoretiker am grünen Tisch von diesen Maßnahmen versprechen. Glaubt man, die Arbeitsleistung und den Arbeitseifer der Arbeiter und Angestellten zu heben, indem man sie auf Dünnbier und Schwarzbrot stellt, während die Schieber und Großverdiener, auch wenn das Braffen verboten wird, weiter schlemmen? Ist der Volkswirtschaft gedient, wenn Tausende von Brauereiarbeitern arbeitslos werden und in Wirklichkeit damit weiter nichts erreicht wird, als daß Millionen von Arbeitenden, denen das Dünnbier keine Anregung bieten kann, dann anderen, stärkeren alkoholhaltigen und deshalb schädlicheren Getränken sich zuwenden? Hat man denn aus der Praxis der Jahre, wo es nur Dünnbier gab, am grünen Tisch gar nichts gelernt? Werden einige Hunderttausend Zentner Gerste durch Einschränkung der Biererzeugung gespart und zu Graupen verarbeitet, so bekommen drei Viertel davon - siehe Kriegserfahrungen - die Hühner, Ziegen und Schweine der Kleintierhalter. Verschilt ist auch der Gedanke, die Ausmahlung des Brotgetreides stärker vorzunehmen. Das Schwarzbrot mag für kräftige Wagen eine gute Sache sein, wenn ordentlich was draufgestrichen und dazwischen gelegt ist. Bei den heutigen Butters-, Margarine-, Fleisch- und Würstpreisen soll man uns das Brot nicht noch weiter verschlechtern, es taugt so schon nichts. Und was wäre wirtschaftlich mit der Maßnahme gewonnen? Es gäbe so gut wie keine Kleie zur Viehfütterung mehr und das Resultat wäre Verfüllung des Brotgetreides.

Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die obige Gesichtspunkte hervorhebt und von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordert, daß sie ihre diesbezüglichen Vorschläge und Forderungen zurückziehen.

Landshut N.-B. In einer sehr gut besuchten Brauerei- und Mühlenarbeiterversammlung sprach der Hauptvorsitzende Kollege Bader über die wirtschaftlichen Aufgaben der Organisation.

Bader verstand es in seinem lehrreichen Vortrag, an der Hand von Beispielen, den Kollegen klarzumachen, unter welchen Verhältnissen die Arbeiterschaft im allgemeinen zu kämpfen hat und in welcher schwieriger Lage wir uns zurzeit befinden.

Während des Krieges ist die Arbeiterschaft erst in die Erkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse hineingewachsen und mußte nun selbst aktiv an ihnen mitarbeiten. Es war früher ein großer Fehler, daß sich die Arbeiter infolge der langen Arbeitszeit so wenig mit Wirtschaftspolitik beschäftigen konnten. Wer hat sich um die Rohstoffgewinnung und andere wirtschaftliche Zusammenhänge, besonders um die Einföhrung der Rohmaterialien und die Stellung des Großhandels in der Weltwirtschaft gekümmert? Jetzt treiben uns die Verhältnisse zur Teilnahme an Weltwirtschaftsgedrieben hinein und nur geschlossene Arbeiterorganisationen sind in der Lage, allen Anforderungen, die an die Arbeiterschaft gestellt werden, zu erfüllen. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und mit großem Beifall aufgenommen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Krisenzeichen. Die Berichte, welche die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im August dem Handelsminister erstattet haben, beschäftigen sich durchweg mit der Wirkung des Kurssturzes der Mark. Diese unterscheiden sich nicht unwesentlich von der der vorjährigen, freilich weniger umfangreichen Entwertung der Mark. Jeder Rückgang der Auslandsbewertung der Mark wirkte sich diesmal viel schneller als im Vorjahre auch im Inlande aus.

Von den Preisen der ausländischen Rohstoffe und der Nahrungsmittel ausgehend, ergriff nach jedem neuen Marksturz die Teuerungswelle den ganzen Bereich der Warenpreise. Diesen folgten schneller als im Vorjahre Löhne und Gehälter nach. Während aber im Vorjahre die Erhöhung der Preise zu einer starken Ausdehnung der Produktion und zu großen Auftragsbeständen führte, die zum Teil bis heute auf bedeutender Höhe gehalten werden konnten, so hat sie diesmal wohl zu einer sprunghaften Steigerung der Nachfrage nach vorhandenen Waren aller Art geführt, so daß wieder, wie im Vorjahre, die Verkaufsläden geräumt sind, aber statt an eine Ausdehnung der Erzeugung wird diesmal an Einschränkungen der Geschäftstätigkeit gedacht, da eine uneingeschränkte Fortführung der Betriebe Geldmittel erfordert würde, für deren Beschaffung bisher noch nicht Rat gefunden ist. Die Geldbeschaffung ist zurzeit das zentrale Problem von Handel und Industrie, ohne dessen Lösung ein schwerer Zusammenbruch der Wirtschaft um so mehr unvermeidlich erscheint, als der infolge der seit Jahren andauernden Preiserhöhungen längst erwartete Rückgang der Kaufkraft nunmehr in vielen Geschäftszweigen wirklich eintreten beginnt. Insbesondere im Nahrungs- und Bekleidungsgebiete wird unabhängig von der Geld- und Kreditfrage mit erheblicher Minderbeschäftigung infolge Rückganges der kaufkräftigen Inlandsnachfrage gerechnet.

Aus den Einzelberichten sei hervorgehoben: In der Steinkohlenförderung des Ruhrgebietes trat schon vor dem Beginn der Ueberschichten eine Besserung ein - arbeitsmäßig wurden 10000 Tonnen Kohle und 1700 Tonnen Koks mehr produziert als im Vormonat. Die Versorgungslage, besonders beim Hausbrand, bleibt befürwortend. Aus den Ueberschichten erwartet man eine Mehrförderung von 1,3 Millionen Tonnen monatlich.

Während die Mark sank und es immer schwieriger wurde, Auslandsware zu kaufen, waren die Siegerländer Eisensteingruben teilweise genötigt, Erze auf Lager zu stürzen, weil die nötigen Wagen nicht gestellt wurden. Man rechnet hier mit Stilllegungen.

Rali fand im In- und Ausland guten Absatz. Die Großeisenindustrie verfügt noch über genügend Aufträge, verzeichnet aber bereits den Rückgang neuer Auftragserteilungen. Die Preisentwicklung muß nach Ansicht der Handelskammer zum Zusammenbruch führen, da die eisenverarbeitende Industrie und die Rundschaft sich unmöglich so schnell der Geldentwertung anpassen können. Eine schwere Geldknappheit siehe bevor, und der September werde vielleicht schon den Rückschlag bringen.

Metallwalzwerke klagen über das Herauswachsen der Preise, das wachsende Betriebsmittel erforderlich macht. Die Maschinenfabrikation hat noch genügend Aufträge, vermisst aber Auftragserteilungen nach dem Ausland. Nach Lokomotiven ist auffallend geringe Nachfrage, die Aufträge sind in den letzten 25-30 Jahren nie so spärlich eingegangen wie jetzt. Der Absatz elektrotechnischer Erzeugnisse läßt infolge der Geldknappheit nach.

In der Tuchindustrie, bei den Spinnereien und in der Leinenindustrie befürchtet man lebhaft Rückschläge und Betriebseinschränkungen. Aus der Konfektion wird starker Geschäftsgang gemeldet.

Leerfarbstoffe waren ausreichend, pharmazeutische Erzeugnisse regen verlangt. Man klagt in der chemischen Industrie über Rohstoffmangel.

Lebhafte Nachfrage wird für die Zementindustrie, für Erzeugnisse der Industrie der Steine und Erden, auch für die Spiegel- und Drahtglasindustrie gemeldet. Nach Holz ist die Nachfrage so stark, daß am Markt der Laubhölzer die Preise für den deutschen Konsum unerschwinglich geworden sind. Die Papierindustrie klagt über Mangel an Kohle und Zellstoff.

Aus der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel meldet man, daß der Absatz an Speiseölen und Fetten zurückging, weil die Hauptabnehmerin, die Margarineindustrie, mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen habe.

Erhöhung der Fahrpreise im Eisenbahn-Personenverkehr. Außer der vom 1. September an gültigen Heraushebung der Gütertarife um 50 Proz. wird vom 1. Oktober an auch eine Erhöhung der Fahrpreise im Personenverkehr um 50 Proz. eintreten. Den Einzelfahrpreisen wird zugrunde gelegt ein Kilometerpreis von 2,025 Mk. in der ersten, von 1,125 Mk. in der zweiten, von 0,675 Mk. in der dritten und von 0,45 Mk. in der vierten Klasse.

Die Teuerung im Großhandel. Ein Blick auf die Teuerungszahlen der „Frankf. Ztg.“, die soeben für den Anfang September veröffentlicht werden, zeigt, daß die Preiswelle noch längst nicht im Abflauen begriffen ist. Schon der Juli brachte einen gewaltigen Preisauftrieb, der in der Erhöhung der Großhandelspreise am Anfang August gegen Anfang September um 52,5 Proz. zum Ausdruck kam. Bis zum Anfang September haben sich jedoch die damaligen Maßzahlen der Großhandelspreise reichlich verdoppelt. Sie stiegen von 13 935 auf 28 919. Da der Vorkriegsstand mit 100 angenommen ist, bedeutet das, daß die Großhandelspreise innerhalb eines Monats von 139fachen auf den 289fachen Friedenspreis emporgeschwollen sind. Die Preise sind also annähernd mit dem Dollar gestiegen, der sich in der gleichen Zeit vom 188fachen auf den 321fachen Vorkriegsstand erhöht hat.

Innerhalb der einzelnen Warengruppen ist die Preissteigerung verschieden stark. Die Gruppe Mineralien, zu der Erze, Metalle, Kohle und Eisen gehören, hat im Durchschnitt bereits den 423fachen Preis überschritten. Hier sind also die Warenpreise stärker verteuert als die Devisen. Das gleiche gilt für die Warengruppen Textilien und Lederwaren, deren Preise den 364fachen Vorkriegspreis erklimmen haben. Hierzu ist zu bemerken, daß diese Ziffer wahrscheinlich noch eine Abänderung erfahren wird, da für Textilien und Leder, aber auch für einige Waren der Maschinenindustrie exakte Angaben nicht erhältlich waren und man daher auf Schätzungen angewiesen war. Nicht hinter der Wertenteuerung bleibt die Preissteigerung für Lebensmittel und Genussmittel, die den 272fachen Vorkriegspreis erreicht haben. Dagegen bleiben industrielle Fertigwaren mit dem 193fachen Vorkriegspreis weit hinter Dollar und durchschnittlicher Teuerung zurück - wieder ein Beweis, wie nur durch die billig entlohnte Arbeitskraft der Preis von Industriewaren, deren Rohstoffe überverteuert sind, noch relativ niedrig gehalten werden kann.

Da längst noch nicht alle Warenpreise dem Dollarstand in vollem Ausmaß gefolgt sind, besteht die Befürchtung, daß die Preiswelle weiter anhalten wird, wenn es nicht gelingt, der im Preise immer noch billigen Arbeitskraft als Kostenelement der heimischen Produktion zur Anerkennung zu verhelfen. D. h., es muß verhindert werden, daß alle Preise sich automatisch nach dem Dollar richten, und gesorgt werden, daß die Preise auf Grund der tatsächlichen Erzeugungskosten festgestellt werden. Hier ist das wichtigste Tätigkeitsfeld für die Arbeiterbewegung.

Acht auf die ordnungsmäßige Einklebung der Steuer- und Versicherungsbeiträge. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt: Der § 46 des Einkommensteuergesetzes verpflichtet den Arbeiter, sich vor Beginn des Kalenderjahres oder vor Beginn eines Arbeitsverhältnisses eine Steuerkarte zu besorgen und diese dem Unternehmer bei jeder Lohnzahlung zum Einkleben und Entwerten der Steuermarken vorzulegen. Nach dieser Bestimmung hat der Arbeiter die Steuerkarte aufzubewahren. Das geschieht aber nur in den seltensten Fällen. Die Regel ist, daß der Unternehmer die Steuerkarte aufbewahrt und wöchentlich die Marken einklebt. Für den Arbeiter ist das ein bequemes Verfahren, das für ihn aber auch große Nachteile haben kann. Denn nicht alle Unternehmer tun das, was sie versprechen und zu tun verpflichtet sind. Wohl wird der Steuerbetrag allwöchentlich gewissenhaft abgezogen, das Markenkleben wird jedoch manchmal vergessen.

Ein solcher Fall wird uns aus Langenbielau berichtet. Dort ist ein Betrieb geschlossen worden. Als die zwölf Kollegen auf ihr Verlangen die Steuerkarten ausgehändigt

bekamen, mußten sie die unangenehme Wahrnehmung machen, daß die Karten nicht eine einzige Steuermarke enthielten. Wohl hat der Unternehmer regelmäßig den Steuerabzug gemacht, aber in seine Tasche. Die unterschlagenen Steuerbeiträge belaufen sich auf etwa 7500 Mk. Die Kollegen schreien, sie hätten mehrmals die Steuerkarte zur Einsicht verlangt, der Unternehmer habe aber jedesmal keine Zeit gehabt und erklärt, es sei alles in Ordnung. Damit haben sich die Kollegen auch zufrieden gegeben, was sie sehr bitter bereuen.

Vom Finanzamt ist ihnen erklärt worden, für die ordnungsmäßige Einklebung der Steuermarken sei der Arbeiter verantwortlich, und sie müßten die Steuer nochmals zahlen. Dazu sind die Kollegen natürlich außerstande. Die Angelegenheit ist dem Gericht übergeben. Ob die Pfändung des Unternehmers so ertragreich werden wird, daß die unterschlagenen Steuerbeiträge gedeckt werden können, ist fraglich. Außer den Steuern sind auch die Invalidenbeiträge unterschlagen worden. Die Kollegen haben durch ihre Vertrauensseligkeit also einen sehr großen Verlust erlitten.

Dieser Vorfall zeigt, wie dringend notwendig es ist, daß die Arbeiter sich jede Woche überzeugen, ob die Steuermarken und Versicherungsbeiträge ordnungsmäßig einklebt worden sind. Daß dies geschieht, dafür ist nach dem Gesetz der Arbeiter verantwortlich. Auch sollten die Arbeiter von dem Recht, bei jeder Lohnzahlung eine Bescheinigung über den einbehaltenen Steuerbetrag und den Wert der eingeklebten Steuermarken zu verlangen, Gebrauch machen.

Rundschau.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der 9. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter tagte vom 21. bis 26. August in Magdeburg. Die Debatte, bei denen der große Berliner Februarstreik in diesem Jahre eine Rolle spielte, wurden bemerkenswert sachlich geführt. Grundsätzlich wurde durchgehends der Berliner Streik von allen anderen als den Berliner Delegierten verurteilt und anerkannt, daß erst die Bewilligung eines Streiks durch den Hauptvorstand den Streik zu einem legalen mache. Dieser Standpunkt dürfe nicht verlassen werden. Eine Statutenberatungskommission hatte schon zwei Tage vor dem Beginn des Verbandstages mit der Arbeit begonnen, die 432 Statutenanträge durchzubearbeiten. Entsprechend dem Vorschlag der Kommission wurde beschlossen: Der wöchentliche Beitrag ausschließlich des örtlichen Lokalaufschlages beträgt für Mitglieder mit einem Wochenverdienst bis 200 Mk. 2 Mk., von 201 bis 400 Mk. 4 Mk., von 401 bis 600 Mk. 6 Mk., von 601 bis 800 Mk. 8 Mk. und erhöht sich um je 2 Mk. mit je 200 Mk. Mehreinkommen.

Entsprechend der Festsetzung der Beiträge, die sich künftig automatisch mit der Erhöhung der Löhne erhöhen, wurden auch die Unterstützungen erhöht, am wesentlichsten die Streikunterstützung.

Für die Angestellten und nichtbeamteten Funktionäre des Verbandes wurde eine Ruhegehalts- und Hinterbliebenenunterstützungskasse beschlossen.

Durch weitere Beschlüsse begrüßt der Verbandstag die Stellungnahme des Leipziger Gewerkschaftskongresses in bezug auf die Schaffung großer Industrieverbände und verlangt nachdrückliche Unterstützung aller dahingehenden ernsthaften Versuche.

Der alte Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt.

Ein wertvolles Gewerkschaftsgeschichte. Mitten in dem Lärm des Krieges erschien ein Buch, das im Gegensatz zu dem inneren Wert infolge äußerer Umstände fast völliger Vergessenheit verfiel. Der größte Teil der Organisierten befand sich im Felde und zahllose Lernbegierige ahnen heute noch nichts von dem reichen Material, das in diesem Buche verborgen ist. Irreführend und daher für das Buch unglücklich ist auch der Titel: Die Organisationen der Lithographen, Steindruckere und verwandter Berufe. Eine Verbands-geschichte? Der in der Arbeiterbewegung bekannte und außerordentlich geschätzte Verfasser, der Zentralarbeitersekretär Hermann Müller-Berlin, hat in dem Bestreben, seinen Auftrag gründlich zu erfüllen, rund zwei Drittel des umfangreichen 1. Buches mit der allgemeinen deutschen Gewerkschaftsgeschichte gefüllt. Nur ein kleiner Teil bildet den Anfang der eigentlichen Verbands-geschichte. Krieg und Titel haben leider dazu geführt, daß dieses von der gesamten Arbeiterpresse glänzend rezensierte Buch nur den wenigsten bekannt geworden ist.

Müller ist es gelungen, die äußere Organisationsgeschichte der deutschen Gewerkschaften bis zum Sozialistengesetz, d. h. bis zum Jahre 1878, aber auch die für die deutsche Gewerkschaftsbewegung richtunggebende Theorie erschöpfend darzustellen.

Müller beginnt seine Darstellung mit dem Reichsbeschlusse vom Jahre 1731, mit dem die Grundlage für eine wirksamere Bekämpfung der Gesellenvereine gelegt wurde. Allmählich leitet die Gesetzgebung zur Durchbrechung der Zunftstranken und zur Schaffung eines freien Arbeitsvertrages über. Unter dem Einfluß dieser gesetzgeberischen Entwicklung und der Umwandlung der Wirtschaftsordnung verlieren die alten Vereinigungen - soweit sie nicht ganz verschwinden - ihren Charakter als Schutz- und Trutzhündnisse und werden zu Unterstützungskassen. Müller untersucht aber auch gründlich die Frage: Wer hat das Hauptverdienst an der Gründung der deutschen Gewerkschaften: die Arbeiter selber waren es, die teils mit den verschiedenen Richtungen, teils gegen sie, trotz aller Bekämpfung an dem Aufbau der Gewerkschaften arbeiteten. Die Arbeiter waren es, die immer wieder zum Streik drängten trotz „ehernem Lohngesetz“, trotz aller theoretischen Nachweise von der Aussichtslosigkeit der Sache, sich als Mensch gebärden zu wollen, wie Kaffale von den Gewerkschaften sagte. So ist auch das Koalitionsrecht endlich viel mehr unter dem Druck der tatsächlichen Betätigung der Arbeiter als durch die energische Förderung ihrer damaligen politischen Führer gegeben worden. - Breiten Raum widmet Müller auch der Entstehungsgeschichte der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften. Das Buch kann allen Lernbegierigen warm empfohlen werden.

